

Rosengartenstrasse, wie weiter?

Nach dem überdeutlichen Resultat gegen den Zürcher Rosengartentunnel ist in der NZZ von Ratlosigkeit und einer verpassten Chance die Rede. Ein Plan B existiere nicht, und deshalb bleibe leider alles beim Alten. Widerspruch! Unter Fachleuten ist schon längst bekannt, wie es weitergehen könnte. Kein Weg führt an einem sorgfältigen, stadtverträglichen Rückbau der Rosengartenstrasse vorbei. Die Zeit der Brachiallösungen à la Stadttunnel ist abgelaufen. Es wird unausweichlich sein, dass dabei der Individualverkehr gewaltig Federn lassen muss. Das deutliche Nein vom 9. Februar ist hoffentlich die definitive Absage an das veraltete Konzept der «autogerechten Stadt».

Urs B. Roth, Zürich

Die Ablehnung des Rosengartentunnels zeigt auf, dass die Bevölkerung ein weiteres Umdenken will, vor allem bezüglich Motorfahrzeugverkehr. Das bedeutet auch, dass jetzt für die Verkehrsberuhigung an der Rosengartenstrasse neue Ideen gesucht werden müssen. Nichts tun ist keine Lösung. Auch die Verkehrspolitik besteht aus Versuch und Irrtum mit Fehlerkorrektur. Mit diesem Vorgehen hat man in Zürich in den letzten Jahrzehnten schon viel erreicht. Auch das jeweilige gute Abschneiden von Zürich im Städter-Ranking ist eine Folge davon. Der Stadtrat von Zürich sollte nun gemeinsam mit dem Kanton nach neuen Ideen für die Lösung der Verkehrsprobleme an der Rosengartenstrasse suchen, welche auch dem Prozess von Versuch und Irrtum aussetzen sind.

Werner Streich, Zürich

Ein Grossprojekt wie das am Rosengarten ist halt schon sehr anspruchsvoll und schwer zu erklären. So sieht es Carmen Walker Späh. Sie unterstellt damit den Stimmberechtigten, sie hätten es nicht verstanden, sonst wäre ein anderes Abstimmungsergebnis herausgekommen. Dass es einfach nicht gelungen sei, die Vorzüge dieses Projekts aufzuzeigen. Ein besonders wertiges Nein gab es im betroffenen Quartier Wipkingen. In der Lesart der Regierungsrätin muss

das wohl so verstanden werden, dass die dort wohnende Bevölkerung besonders schwer von Begriff sei und keine Chance gehabt habe, das ihr Erklärte auch zu verstehen. Dieses Demokratieverständnis ist im Stadtrat von Zürich durchaus salonfähig, doch wundersam mutet an, dass eine Vertreterin der FDP es schon derart gut adaptiert hat.

Daniel Schlossberg, Zürich

«50 Milliarden deklariert»

Der Beitrag zur Steueramnestie ist sehr lesenswert (NZZ 4. 2. 20). Darin wird erwähnt, wie viel Nachsteuern in den letzten zehn Jahren zusammengekommen sind. Unerwähnt bleibt aber, wie viel Einkommens- und Vermögenssteuern die 50 Milliarden Franken nachdeklariertes Schwarzgeld in Zukunft auslösen werden. Wiederkehrend wohlverstanden. Aber wo versickern denn diese Milliarden? Letztes Jahr machten die meisten Politiker und Journalisten den Lesern klar, dass die Steuervorlage nur mit einer von den mittelständischen Unternehmern finanzierten Steuererhöhung beim Volk Gnade finden werde. Währendem also jahrelange Steuerhinterziehung nur das Nachzahlen von nicht bezahlten Steuern nach sich zieht, müssen die Unternehmer nun 20 Prozent mehr Dividendensteuern zahlen, dies obwohl diese Gewinne ja schon einmal besteuert wurden. Wiederkehrend wohlverstanden! Aber auch die breite Bevölkerung wartet vergebens auf eine Steuersenkung, die längst fällig wäre. Bund und Kantone stellen dafür weiter munter zusätzliches Personal ein, die Staatsquote steigt unaufhalt-sam. AHV-Erhöhungen, BVG-Ausbau, Mehrwertsteuererhöhung, CO₂-Abgaben, Flugabgaben und erodierender Euro führen dazu, dass der Werkplatz Schweiz immer mehr an Wettbewerbsfähigkeit verliert. Es ist Zeit zum Aufwachen!

Beat M. Schelling, Rapperswil

China und die freie Meinungsäusserung

Der Bericht lässt aufhorchen: Prof. Ralph Weber hält vor der Gesellschaft Schweiz-China einen Vortrag über «die philosophischen Hintergründe der chinesischen Weltpolitik» (NZZ 24. 1. 20). Offenbar sind dazu zwei chinesische Diplomaten aus China extra angereist. Ihnen passt der Inhalt des Vorgetragenen nicht. Sie verlassen den Ort vor Ende des Vortrages. Das ist für einen Anlass, welcher der Pflege partnerschaftlicher Beziehungen dienen soll, ja bereits ausserordentlich. Doch es kommt noch «dicker»: Die chinesische Botschaft interveniert erbost beim Vorstand der Gesellschaft und bewirkt, dass ein zweiter öffentlicher Vortrag von Prof. Weber nicht öffentlich durchgeführt werden darf. Der Vorstand spurt: Der bereits auf den 28. Januar angesagte öffentliche Vortrag Webers wurde kurzerhand aus dem Veranstaltungskalen-

der gestrichen. «Die Meinungs- und Informationsfreiheit ist gewährleistet», lautet Art. 16 Abs. 1 der Bundesverfassung. Offenbar ist dem auch hierzulande nicht so, falls es der chinesischen Parteidiktatur nicht passt. Um den lockenden Profit aus Geschäften in und mit China nicht zu gefährden, werden von den schweizerischen «Partnern» die höchsten Werte freiheitlicher Gesellschaften und Staatsgefüge negiert. Die Anhänger und Verteidiger der freien Marktwirtschaft haben keinerlei Skrupel wegen Geschäften mit einer diktatorischen Staatswirtschaft, welche die Menschenrechte mit Füssen tritt. Aber es passt ja ins Bild, vor allem derjenigen Partei, welche die Unabhängigkeit der Schweiz, ihre Werte, so laut zu verteidigen behauptet: der SVP. Diese propagiert gleichzeitig ihre «Begrenzungsinitiative» gegenüber der EU. Widersprüchlicher geht's nicht mehr. Zu begrenzen ist der propagandistische Einfluss undemokratischer Regime, durch Einsicht. Es ist auch wünschbar zu wissen, ob der Bundesrat solche völkerrechtswidrigen Interventionen einfach hinnimmt. Es ist an der Zeit aufzuwachen.

Markus Mohler, Binningen

Coronavirus – eine Krise als Chance

«Der Regierung darf man attestieren, bisher alles richtig gemacht zu haben» (NZZ 1. 2. 20). Wie kommt die NZZ zu diesem Schluss? So ein Fazit kann man doch erst dann ziehen, wenn die Krise bewältigt ist und man in einer Nachschau beurteilt, was richtig, falsch, zur Unzeit, usw. gemacht worden ist. Ist es richtig, dass Singapore Airlines noch Flüge nach China durchführt und so u. a. die Besatzungen einer Gefahr aussetzt, die die Swiss oder die Lufthansa nicht auf sich nehmen wollen?

Ist die Aussperrung aller festlandchinesischen Besucher angemessen? Solche Fragen sollte man später stellen, statt dem autoritären Regime bereits jetzt einen Blankocheck auszustellen. Es werden zwar jetzt Masken verteilt, gleichzeitig aber wird gebetsmühlenartig propagiert, keine Masken zu tragen, wenn man nicht krank sei (auf dem freien Markt sind Masken Mangelware, so viel zur guten Vorbereitung). Die Masken werden übrigens über das Netzwerk des staatsparteinahen «Volksverbandes» ausgeteilt, als zusätzlicher Imagegewinn zu den bevorstehenden «Wahlen», wie richtig erkannt wird. Hier findet sich ein anderer Knackpunkt: In Singapur kann man nicht von Wahlen im europäischen Sinn sprechen. Es handelt sich eher um eine Pflichtveranstaltung zur Bestätigung der seit 1965 durchgehend regierenden Staatspartei. Durch den Eindruck, es gehe hier um wirkliche Wahlen – so wird ein Lesender in der Schweiz diesen Begriff wohl auffassen –, wird ein Kernproblem umgangen, das angesprochen werden muss: Singapur ist kein demokratischer Staat, es wird autoritär fast im Stil der seinerzeitigen DDR regiert. Diesen Umstand dem Lesenden nahezubringen, ist eine journalistische Pflicht, wenn man als Auslandskorrespondent über fremde Systeme schreibt.

Gil Schneider, D-Wiesbaden

TRIBÜNE

Demokratie gleich Populismus

Gastkommentar

von HANS RENTSCH

EU-Kommissions-Präsidentin Ursula von der Leyen ist überzeugt, dass die Menschen hinter ihrem Green Deal stehen. Worauf stützt sie sich bei dieser Aussage? Gibt es dazu EU-weite Umfragen? Oder gar Volksabstimmungen? Und selbst wenn: Würden die Menschen, worauf sie sich konkret einlassen? Mitnichten. Von der Leyen tut mit ihrem empiriefreien Ausspruch genau das, was die umtriebigen Verteidiger der wahren Demokratie den «Rechtspopulisten» immer wieder vorwerfen: Sie beansprucht, mit ihrer Haltung und ihrem 1000-Milliarden-Projekt «das Volk» zu vertreten. Sie sagte nicht einmal «die Mehrheit der Menschen», sondern ganz absolut «die Menschen». Was können wir aus solchen Äusserungen von rechtschaffenen aalglatten Mainstream-Politikerinnen und -Politikern wie von der Leyen mit nüchternem Blick ableiten? Es ist ganz einfach: Demokratie ist gleich Populismus. Aber Populismus als gleichsam neutrale Bezeichnung des natürlichen Bestrebens, politische Mehrheiten und Macht zu erringen oder zu sichern. Als der frühere deutsche Sozialminister Norbert Blüm (CDU) seine berühmt-berüchtigte Beschwichtigung «Die Renten sind sicher» in die Mikrofone sprach, hatte das mit den damals massgebenden Fakten ebenso wenig zu tun wie die Versprechungen der früheren Bundesrätin Doris Leuthard über die sichere Stromversorgung, als sie landauf, landab für die Zustimmung zu ihrem Prestigeprojekt des neuen Energiegesetzes als Einstieg in die illusionäre «Energiewende» warb.

Und dass schliesslich auf der linken Seite des politischen Spektrums Populismus zum ständigen Repertoire politischer Aktivität gehört, ist nur deshalb weniger ins Bewusstsein der Leute gedrungen, weil die Mehrheit der Medien eine Perspektive mit Schlagseite kultiviert. Es genügt, sich jeweils die von Polemik triefende Abstimmungspropaganda linker Referendums- oder Initiativkomitees zu schweizerischen Volksabstimmungen zu Gemüte zu

Wenn Politik jeweils nur noch Stimmungen abbilden soll, dann steht es schlecht um die Zukunft der Demokratie.

führen, um ungefiltert linken Populismus zu erleben. Erfolge an der Urne geben diesem linken Populismus in wichtigen Abstimmungen (Strommarktliberalisierung, Altersvorsorge, Gesundheitswesen usw.) immer wieder recht. Das Problem von Populismus im neutralen Sinne ist ein ganz anderes. Der französische Staatsmann, Diplomat und notorische Zyniker Charles-Maurice de Talleyrand (1754–1838) hat es so in Worte gefasst: «Dort geht mein Volk, ich muss ihm nach, ich bin sein Führer!» So spricht der wahre politische Opportunist und Populist. Wenn sich jedoch die politischen Eliten davon verabschieden, faktenbasierte unpopuläre Positionen zu vertreten, leidet die Demokratie. Wenn Politik nur noch die gerade geltenden Volksmeinungen oder gar Stimmungen abbilden soll, dann steht es schlecht um die Zukunft der Demokratie. Im Zeitalter der sozialen Netzwerke potenziert sich dieses Problem.

Vielleicht passt abschliessend das nüchterne Bonmot eines anderen grossen Politikers und Staatsmannes. Winston Churchill soll einmal gesagt haben, das beste Argument gegen die Demokratie sei eine fünfminütige Unterhaltung mit dem Durchschnittswähler. Wer diese elitär angehauchte, nicht ganz zynismusfreie Quintessenz des wohl berühmtesten Demokratiepraktikers Europas nicht zu schlucken vermag, sollte sich einmal mit der verfügbaren Empirie dazu beschäftigen. Für die Schweiz empfehle ich zum Beispiel das vertiefte Studium der Voto-Nachbefragungen zu Volksabstimmungen. Dort muss man allerdings auch zwischen den Zeilen lesen oder selber Analyselücken füllen, weil sich die Autoren sichtbar um politische Korrektheit bemühen.

Hans Rentsch ist Ökonom, Wirtschaftspublizist und Autor von «Wie viel Markt trägt die Schweiz?», NZZ Libro, 2017.

An unsere Leserinnen und Leser

Wir danken allen Einsenderinnen und Einsendern von Leserbriefen und bitten um Verständnis dafür, dass wir über nicht veröffentlichte Beiträge keine Korrespondenz führen können. Kurz gefasste Zuschriften werden bei der Auswahl bevorzugt; die Redaktion behält sich vor, Manuskripte zu kürzen. Jede Zuschrift an die Redaktion Leserbriefe muss mit der vollständigen Postadresse des Absenders versehen sein.

Redaktion Leserbriefe
NZZ-Postfach, 8021 Zürich
E-Mail: leserbriefe@nzz.ch

Bundeshaus: Fabian Schäfer (fab.), Christof Forster (For.), Larissa Rhy (ryn.).
Bundesgericht: Kathrin Alder (ald.),
Westschweiz: Antonio Fumagalli (fum.).
Zürich: Daniel Fritzsche (dfr.), Fabian Baumgartner (fbi.), Alois Feusi (fisi.), Dorothee Vögeli (vö.), Urs Bühler (urs.), Stefan Hotz (sto.), Adi Kälin (ak.), Katja Baigiger (bai.), Jan Hudoc (hu.), Florian Schopp (sct.), André Müller (ami.), Johanna Wendi (jow.), Reto Flury (flu.), Michael von Ledebur (mvl.), Lena Schenkel (len.), Nils Pfändler (npl.), Linda Koponen (kpl.).
Wirtschaft: Peter A. Fischer (pfi.), Daniel Imwinkelried (imr.), Dieter Bachmann (dba.), WernerENZ (enz.), Ernes Gallarotti (ti.), Thomas Fuster (tf.), Christin Severin (sev.), Nicole Rüttli Ruzicic (rri.), Werner Martel Fus (am.), Thomas Schürpf (tsf.), Christoph Eisenring (cei.), Gerald Hosp (gho.), Giorgio V. Müller (gvm.), Zoé Inés Baches Kunz (Z. B.), Hansueli Schöchli (hus.), Natalie Gratwohl (ng.), Dominik Feldgus (df.).
Börsen: Michael Ferber (feb.), Andreas Uhlrig (Ug.), Werner Gründleher (gru.), Anne-Barbara Lutz (abl.), Michael Schäfer (msf.), Patrick Harger (ph.).
Asien: Matthias Kamp (mka.), Michael Sattelen (sst.).
Technologie: Christiane Hama Henkel (C. H.), Stefan Betschon (S. B.), Matthias Sander (msa.), Jenni Ther (th.), Stefan Häberli (hat.).
Faullisten: René Scheu (rs.), Remo Buchali (rb.), Angela Schader (as.), Ramon Stadler (ras.), Claudia Schwartz (ces.), Thomas Ribi (rib.), Ueli Bernays (ubs.), Philipp Meier (ph.), Claudia Mäder (cmd.), Christian Wildhagen (wdh.), Marion Lohrdorf (mlö.), Daniele Muscionico (MD), Manuel Müller (mm.), Sabine von Fischer (svf.).
Sport: Elmar Wagner (wag.), Philipp Bärtsch (pb.), Flurin Calina (fcl.), Andreas Kopp (ako.), Benjamin Steffen (bsn.),

Daniel Germann (gen.), Peter B. Birrer (bir.), Samuel Burgener (sbr.), Claudia Rey (crl.), Nicole Berger (nbc.), Stefan Osterhaus (sos.), Michele Coviello (cov.), Ulrich Pickel (pic.), Andreas Babst (abb.), Christof Krapf (krp.).
Wochenende/Gesellschaft/Mobilität/Reisen: Daniel Wechlin (daw.), Birgit Schmid (bgs.), Michael Schillinger (msl.), Herbert Schmidt (hdt.), Susanna Müller (sm.).
Wissenschaft: Christian Speicher (Spe.), Alan Niederer (ni.), Stephanie Kusma (kus.), Lena Stallmach (lsl.), Helga Rietz (rtz.).
Reporter: Marcel Gyr (y-r.), Arja Jardine (jar.), Martin Beglinger (beg.).
Nachrichten: Tobias Ochsenbein (toc.), Janique Weder (wej.), Manuela Nyffenegger (nyf.), Kathrin Klettke (kk.), Raffaella Angstmann (ran.), Martina E. Medic (med.), Tobias Sedmaier (tsm.), Esther Rüdiger (eru.), Esther Widmann (wde.), Manuel Frick (fma.), Gian Andrea Marti (gam.).
Social Media: Reto Stauffacher (rst.), Corinne Plaga (cpl.), Gabriela Dettwiler (gad.), Philipp Gollmer (gpl.).
Audience Management: Dominik Batz (btz.), Rafael Schwab (raf.), Jonas Holenstein (ho.).
Editorial Tech: Manuel Roth (mrt.), Philip Küng (pkh.), Roman Karavia (krz.), Sharon Funke (sfu.).
Visuals: Barnaby Skinner (bsk.), Markus Stein (sma.), Alexandra Kohler (ako.), Anja Lemcke (lea.), Balz Rittmeyer (brt.), Christine Kries (cke.), Corradin Zellweger (czw.), David Hess (dhe.), Jasmine Riegg (rim.), Joana Kälin (jka.), Jonas Gsch (jgs.), Jörg Walch (jwa.), Laurence Kaufmann (lka.), Nikolai Theilt (thl.).
Produktionsredaktion: Christoph Fisch (cf.), Caspar Hesse (ch.), Manuela Kessler (mak.), Lucie Paska (lpa.), Roland Tellenbach (rol.), Stefan Reis Schweizer (srs.), Robin Schwarzenbach (R. Sc.),

Urs Buess (buu.), Bodo Lamparsky (la.), Lukas Leuzinger (lkz.), Philipp Hufschmid (phh.), Yvonne Eckert (ye.), Benno Brunner (bbr.), Ildo Ózulp (iö.), Jann Lienhart (jal.), Clarissa Rohrbach (cro.).
Art Director: Reto Althaus (ral.).
Bildredaktion: Gilles Steinmann (gst.), Christian Güntlisberger (ggl.), Beat Grossrieder (bgr.), Andrea Mittelholzer (and.), Sara Zeiler (saz.), Roman Sigrist (rsi.), Susanna Rusterholz (rus.), Reto Gratwohl (grg.), Verena Tempelmann (vtm.), Nicole Aeby (noe.), Rachel Arnold (raa.).
Fotografen: Christoph Ruckstuhl (ruc.), Karin Hofer (hfk.), Arnieck Ramp (ara.), Simon Tanner (tan.).
Produktion/Layout: Hansruedi Frei, Andreas Steiner.
Korrektorat: Natascha Fischer.

KORRESPONDENTEN

Paris: Nina Betz (nbe.). **London:** Markus M. Haefliger (mhf.), Benjamin Triebel (bet.). **Berlin:** Marc Felix Sarraz (fx.), René Hiltschi (ht.), Benedict Neff (bn.), Jonas Hermann (jsh.), Hansjörg Müller (hml.), Anja Stehle (ast.), Anna Schneider (ars.). **Frankfurt:** Michael Rasch (ra.), **München:** Stephanie Lahrz (slz.), **Rom:** Michael Weisling (awy.). **Wien:** Matthias Benz (mbe.), Ivo Mijnszen (mij.). **Stockholm:** Rudolf Herrmann (ruh.). **Brüssel:** Christoph G. Schmutz (sco.). **Dakar:** Daniel Steinvorth (DSt.). **Moskau:** Markus Ackeret (mac.). **Dakar:** David Signer (dai.). **Lissabon:** Thomas Fischer (far.). **Istanbul:** Volker Pabst (pab.). **Beirut:** Christian Weisflög (wsi.). **Jerusalem:** Inga Rogg (iro.). **Tel Aviv:** Ulrich Schmid (U. Sc.). **Mumbai:** Marco Kauffmann Bossart (kmb.).

Singapur: Manfred Reis (rt.). **Peking:** Matthias Müller (Mue.). **Tokio:** Martin Kölling (ko.). **Sydney:** Esther Blank (eb.). **Washington:** Peter Winkler Irwin (iwi.), Martin Lanz (mla.). **New York:** Christof Leisinger (crl.). **San Francisco:** Marie-Astrid Langer (ma.),

Vancouver: Kari R. Felder (Fdr.). **Rio de Janeiro:** Nicole Antiker (ann.). **Salvador da Bahia:** Alexander Busch (bu.). **San José de Costa Rica:** Peter Gaupp (gpp.).
WEITERE REDAKTIONEN
NZZ TV / NZZ Format: Andrea Hauner (hwa.), Karin Moser (moka.), **NZZ am Sonntag:** Chefredaktor: Lutz Bernet (lzb.), **NZZ Folio:** Redaktionsleiterin: Christina Neuhaus (cnc.). **NZZ Geschichte:** Lea Haller (lha.), Daniel Di Falco (dff.).
NZZ-MEDIENGRUPPE
Felix Graf (CEO)
ADRESSEN
Redaktion: Falkenstrasse 11, Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 11 11, redaktion@nzz.ch, www.nzz.ch
Zuschriften: Falkenstrasse 11, CH-8021 Zürich, leserbriefe@nzz.ch
Verlag: Falkenstrasse 11, Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 11 11, verlag@nzz.ch
Leserservice: Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 10 00, leserservice@nzz.ch, www.nzz.ch/leserservice
Inserate: NZZ Media Solutions, Neue Zürcher Zeitung AG, Falkenstrasse 11, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 16 98, Fax +41 44 258 13 70, inserate@nzz.ch, www.nzzmediasolutions.ch
Druck: DZZ Druckzentrum Zürich AG, Bubenbergrasse 1, CH-8045 Zürich

PREISE ABONNEMENTE (inkl. MWST)
NZZ Print & Digital: 814 Fr. (12 Monate), 74 Fr. (1 Monat).
NZZ Digital Plus: 559 Fr. (12 Monate), 51 Fr. (1 Monat).
NZZ Wochenend Print: 363 Fr. (12 Monate), 33 Fr. (1 Monat). Freitag und Samstag gedruckt ohne Digital.
NZZ International Print & Digital: 572 € (12 Monate), 52 € (1 Monat). Preise gültig für Deutschland und Österreich, übrige Auslandspreise auf Anfrage.
NZZ Kombi Print & Digital: 924 Fr. (12 Monate), 84 Fr. (1 Monat). NZZ und NZZ am Sonntag gedruckt inkl. Digital.
NZZ für Studierende: 5 Fr. (1 Monat).
Alle Preise gültig ab 1. 1. 2020
Die Abonnementadressen werden, soweit erforderlich und nur zu diesem Zweck, an die mit der Zustellung betrauten Logistikunternehmen übermittelt.
Anzeigen: gemäss Preisliste vom 1. 1. 2018
Alle Rechte vorbehalten. Jede Verwendung der redaktionellen Texte (insbesondere deren Vervielfältigung, Verbreitung, Speicherung und Bearbeitung) bedarf der schriftlichen Zustimmung durch die Redaktion. Ferner ist diese berechtigt, veröffentlichte Beiträge in eigenen gedruckten und elektronischen Produkten zu verwenden oder eine Nutzung Dritten zu gestatten. Für jegliche Verwendung von Inseraten ist die Zustimmung der Geschäftsleitung einzuholen.
© Neue Zürcher Zeitung AG
Kartengrundlage: © Openstreetmap, © Maptiller

Neue Zürcher Zeitung

UND SCHWEIZERISCHES HANDELSBLATT
Gegründet 1780
Der Zürcher Zeitung 241. Jahrgang

REDAKTION

Chefredaktor: Eric Gujer (eg.).
Stellvertreter: Daniel Wechlin (daw.), Andreas Schürer (asü.), Tom Schneider (sct.).
Mitglied Chefredaktion: Carola Ettenreich (cet.).
Tagesleitung: Christoph Fisch (cf.), Benno Matti (bem.), Christian Steiner (cts.).
International: Peter Rásonyi (pra.), Andreas Rüesch (A. R.), Wiener J. Marti (wjm.), Andrea Spalinger (spl.), Andreas Ernst (ahn.), Beat Bumbacher (bbu.), Mero Baumann (bam.), Patrick Zoll (paz.), Dominique Burckhardt (dba.), Niklaus Nuspliger (na.), Fabian Urech (urf.), Samuel Misteli (smi.), Judith Kornann (jka.).
Meinung & Debatte: Martin Senti (se.), Andreas Breitenstein (A. Bn.), Elena Panagotidis (ela.).
Schweiz: Michael Schoenenberger (msc.), Erich Aschwanden (asa.), Claudia Baer (cb.), Daniel Gerry (dgy.), Frank Sieber (fsr.), Marc Trübelhorn (tr.), Simon Hehl (shs.), Lucien Schärer (lsc.), Helmut Stadler (st.), Lukas Mäder (mdr.), Angelika Hardegger (haa.), Tobias Gafafar (gaf.), Michael Surber (sur.), David Vorplon (dvp.).